

Herr
Peter Bless
Gemeinderatspräsident
Büro Ratssekretär
Stadtverwaltung
8600 Dübendorf

GR	Geschäft Nr. <u>263</u> / <u>2009</u>
-----------	---------------------------------------

Dübendorf, 8. Oktober 2009/bau

Motion „Energie sparen - Beschäftigung sichern“

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Antrag mit einem Massnahmenpaket zur Förderung des energiesparenden Bauens und der vermehrten Nutzung von erneuerbarer Energie mit einem entsprechenden Rahmenkredit vorzulegen. Die Vorlage soll insbesondere beinhalten:

1. Private Bauherren, Baugenossenschaften und öffentlich-rechtliche Institutionen sollen in den Genuss von Förderbeiträgen kommen
- für bauliche Massnahmen im Bereich der wärmetechnischen Gebäudesanierung;
- für die Installation von Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien, wie z.B. Holzschnitzel- bzw. Holzpelletsheizungen oder Photovoltaikanlagen, die nicht bereits durch die Glattwerk AG gefördert werden.

Die Förderbeiträge sollen maximal 20 Prozent der Anlagekosten betragen und einen noch festzulegenden Höchstbetrag nicht überschreiten. Die Förderbeiträge können nach gewissen Kriterien (z.B. Energieeffizienz) abgestuft sein.

Zusätzlich können Beträge zur Förderung weiterer nachhaltiger Projekte entrichtet werden, sofern sie im allgemeinen Interesse sind und dem Ziel dienen, den Verbrauch an nicht erneuerbarer Energie bzw. den CO₂-Ausstoss zu senken.

2. Ausbau der entsprechenden Beratung für private Bauherren und Baugenossenschaften durch die Einrichtung einer ständigen Energieberatungsstelle.
3. Errichtung von Solarenergieanlagen (Kollektoren oder Solarzellen) auf allen öffentlichen Gebäuden, wo deren Einsatz zweckmässig und wirtschaftlich vertretbar ist.

Die Finanzierung der Förderbeiträge und der Energieberatung erfolgt durch die Konzessionsentschädigung und die Dividendenzahlung der Glattwerk AG. Die Finanzierung der Solaranlagen auf öffentlichen Gebäuden über die Investitionsrechnung.

Begründung

Klimaerwärmung und die Abhängigkeit bzw. Endlichkeit von nicht erneuerbarer Energie rufen nach raschen, unbürokratischen Massnahmen, um CO₂-Verbrauch und Erdölabhängigkeit zu reduzieren. Vermehrte Investitionen in Gebäudesanierung und in Anlagen der erneuerbaren Energienutzung können zudem einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Krise und Arbeitslosigkeit leisten. Hier sind alle Ebenen, also Bund, Kantone aber auch Gemeinden gefordert.

In der Beantwortung der schriftlichen Anfrage von Erika Attinger vom 2. Juli 2009 erklärt der Stadtrat, dass das Förderprogramm Energie des Kantons und das standardisierte Beratungsangebot des Kantons heute ausreichende Anreize zur Gebäudesanierung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen für Bauherren bietet. Die Frage eines zusätzlichen kommunalen Förderprogramms solle erst im Laufe der Legislaturperiode 2010 bis 2014 neu erörtert werden.

Die Dringlichkeit des Klimaproblems und auch der gegenwärtige Beschäftigungseinbruch rufen jedoch nach raschen Massnahmen. Zahlreiche andere, auch kleinere Gemeinden im Kanton haben dies erkannt und kennen bereits zusätzliche kommunale Förderprogramme inklusive Beratungsstellen. Zudem läuft das Sonderprogramm des Kantons und der Stiftung Klimarappen für Förderbeiträge bei Sanierung der Gebäudehülle nur bis Ende 2009. Danach müssen die Gemeinden in die Bresche springen.

Dübendorf als Energiestadt darf diese Massnahmen deshalb nicht auf die lange Bank schieben sondern muss jetzt handeln.

